

Wo bleibt mein Geld? Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte in Bayern im Jahr 2013

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Dr. Christina Wübbecke

„Wo bleibt mein Geld?“ Unter diesem Motto wurde die Bevölkerung vor rund drei Jahren zur Teilnahme an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2013 aufgerufen. Inzwischen liegen die Ergebnisse vor und geben Antwort auf die aufgeworfene Frage. Der vorliegende Beitrag stellt Befunde zu den Einnahmen und Ausgaben der Haushalte in Bayern vor. Datengrundlage bilden die insgesamt 8 402 auswertbaren Haushaltsbücher, die bayrische Haushalte über jeweils ein Quartal hinweg für die EVS geführt haben. Aus ihnen geht u. a. hervor, dass die Haushalte in Bayern im Jahr 2013 über ein durchschnittliches Nettoeinkommen von monatlich 3 552 Euro verfügten, das waren rund 400 Euro mehr als im Bundesdurchschnitt. Hinter dem allgemein hohen Einkommensniveau verbirgt sich allerdings eine erhebliche Spannweite der materiellen Lebensverhältnisse. So war die Streuung des Nettoeinkommens relativ groß und hatte ihren Schwerpunkt in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung. Auch das Niveau und die Struktur der Ausgaben unterschieden sich zwischen einzelnen sozialen Gruppen teils erheblich: Während Alleinlebende mit einem Nettoeinkommen bis 2 000 Euro monatlich mehr als die Hälfte ihres verfügbaren Einkommens für die Deckung der Grundbedürfnisse „Wohnen, Bekleidung und Ernährung“ aufwendeten, machten diese Ausgaben bei Alleinlebenden in der höchsten Einkommensklasse (5 000 bis unter 18 000 Euro) nur 21 % aus. Während erstere entsparten, legten letztere monatlich 2 440 Euro oder 35 % ihres verfügbaren Einkommens als Nettoersparnis zurück. Auf die Frage „Wo bleibt mein Geld?“ gibt die EVS insgesamt sehr differenzierte Antworten.

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im Überblick

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ist die wichtigste Datenquelle, wenn es um Analysen der Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte in Deutschland geht. Sie wird von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder alle fünf Jahre durchgeführt und speist sich aus den freiwilligen Angaben von rund 60 000 Haushalten, das sind etwa 0,2% aller privaten Haushalte in Deutschland. Damit ist sie die größte Haushaltsbudgeterhebung in der Europäischen Union. Sie ermöglicht Einblicke in die Einkommens-, Vermögens- und Schuldenverhältnisse, die Wohnsituation, den Lebensstandard und das Konsum- und Sparverhalten der Bevölkerung. Auf ihrer Basis wird u. a. der Regelsatz für Grundsicherungsleistungen wie das Arbeitslosengeld II berechnet und das Wägungsschema für den

Verbraucherpreisindex bestimmt. Ihre Daten fließen zudem in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein und bilden darüber hinaus eine wichtige Grundlage für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung.

Die EVS basiert auf einer Quotenstichprobe, deren Quotenplan darauf abzielt, alle Bevölkerungsschichten in ausreichendem Umfang zu berücksichtigen.¹ Nur drei Gruppen werden systematisch ausgeschlossen: (1) Personen in Gemeinschaftsunterkünften und Anstalten (z. B. Alten- und Pflegeheimen), da diese nicht in einem privaten Haushalt leben, (2) Obdachlose und (3) Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro oder mehr, da hier die erreichbaren Fallzahlen zu gering wären. Eine Folge dieser Beschränkung ist, dass das Ausmaß der materiellen Ungleichheit in

¹ Quotierungsmerkmale sind der Haushaltstyp, die soziale Stellung der Haupteinkommensbezieherin bzw. des Haupteinkommensbeziehers und das Haushaltsnettoeinkommen.

Deutschland auf Basis der EVS systematisch unterschätzt wird (vgl. auch Böhnke/Delhey 1999, S. 6). In dieselbe Richtung wirken zudem weitere Selektionseffekte, die aus der unterschiedlichen Erreichbarkeit und Teilnahmebereitschaft verschiedener sozialer Gruppen resultieren: Überproportional hohe Ausfälle zeigen sich regelmäßig bei sozial benachteiligten Gruppen wie den Arbeitslosen sowie generell bei Personen mit geringer Bildung; ebenso aber auch bei beruflich stark beanspruchten Gruppen wie den Selbstständigen und Führungskräften. Somit häufen sich Ausfälle oft an den beiden Enden der Einkommensverteilung. Dieses Problem wird auch unter dem Begriff des „Mittelschichtsbias“ diskutiert und dürfte sich bei der EVS aufgrund ihrer hohen Befragungslast und der Sensibilität der Fragen in besonderer Weise stellen (vgl. Christoph et al. 2014, S. 420; vgl. dazu ausführlich auch Schnell 1997, S. 202–209).

Jeder Haushalt, der an der EVS teilnimmt, führt drei Monate lang ein Haushaltsbuch, in dem die Einnahmen und Ausgaben aller Haushaltsmitglieder im jeweiligen Quartal aufgezeichnet werden. Außerdem hält jeder fünfte Haushalt zusätzlich seine Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren detailliert in einem sogenannten „Feinaufzeichnungsheft“ fest. Am Anfang des Berichtsjahres machen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer außerdem allgemeine Angaben zur Zusammensetzung ihres Haushalts, zur Wohnsituation und zur Ausstattung des Haushalts mit langlebigen Gebrauchsgütern. Zudem wird die Vermögens- und Schuldensituation zu Beginn des Berichtsjahres im Heft „Geld- und Sachvermögen“ erfasst. Als Anerkennung für ihre Mühen erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Abschluss der Erhebung eine Geldprämie.

Die Angaben der Haushalte zu ihren Einnahmen und Ausgaben werden nach der sogenannten SEA-Systematik kategorisiert und verschlüsselt. SEA steht für die „Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte“. Sie orientiert sich an der internationalen Klassifikation der Verwendungszwecke und ermöglicht so eine weitgehende internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse (vgl. Statistisches Bundesamt 2015b, S. 14).

Der vorliegende Beitrag stellt die Einkommens- und Ausgabenstrukturen bayerischer Haushalte auf Basis der EVS 2013 vor.² Er stützt sich auf die auswertbaren Unterlagen von 8 402 Haushalten in Bayern, deren Ergebnisse auf die Grundgesamtheit von rund 5,95 Millionen bayerischen Haushalten hochgerechnet wurden. Vor der Darstellung der Ergebnisse wird im Folgenden kurz darauf eingegangen, warum es einen Erkenntnisgewinn verspricht, bei der Analyse der materiellen Lebenslage von Haushalten sowohl die Einkommen als auch die Ausgaben zu betrachten und diese einander gegenüberzustellen.

Zur Diskrepanz zwischen Einkommen und Ausgaben privater Haushalte

Eher selten geben Haushalte exakt so viel Geld aus, wie sie an Einkommen zur Verfügung haben. Denn die Entscheidung der Haushaltsmitglieder, wieviel Geld sie für welche Zwecke ausgeben, richtet sich zwar nach ihren ökonomischen Ressourcen³, aber auch nach ihrem Bedarf und ihren Präferenzen (vgl. Noll/Weick 2007, S. 2). So spiegeln die Ausgaben privater Haushalte soziale und ökonomische Ungleichheit wie auch unterschiedliche Lebensstile wider (vgl. Noll/Weick 2005, S. 1). Übersteigen die Ausgaben in einer Periode das verfügbare Einkommen, ergibt sich eine „negative Ersparnis“: Haushalte zehren angespartes Vermögen auf oder verschulden sich. Im umgekehrten Fall sparen sie.

Die beiden Mechanismen des Sparens und Entsparens tragen dazu bei, dass die Konsumausgaben privater Haushalte über die Bevölkerung hinweg erheblich gleicher verteilt sind als die Haushaltseinkommen (vgl. Noll/Weick 2007, S. 2 f.). Denn mit steigendem Einkommen sinkt tendenziell derjenige Anteil des Budgets, der für Konsumausgaben verwendet wird, und es wächst derjenige, der gespart wird. In der Gruppe der einkommensarmen Haushalte übersteigen die Konsumausgaben im Durchschnitt sogar die Nettoeinkommen.⁴ Dieses Phänomen des „Overspendings“ einkommensarmer Haushalte tritt in Westdeutschland durchgängig seit 1983 in wachsendem Ausmaß auf, in Ostdeutschland seit 1998.

2 Detaillierte Ergebnisse können dem Statistischen Bericht „Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte sowie Aufwendungen für den privaten Konsum in Bayern 2013“ (O24003 201351) entnommen werden (kostenfreier Download unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/; dort die Rubrik „Finanzen und Vermögen privater Haushalte“ wählen).

3 Relevant sind dabei weniger die nominalen Einkommenshöhen als vielmehr das Realeinkommen, das angibt, welche Menge an Waren und Dienstleistungen sich ein Haushalt mit seinem nominalen Einkommen in der jeweiligen Region tatsächlich kaufen kann. Das Realeinkommen berücksichtigt somit die unterschiedliche Kaufkraft des Geldes in den verschiedenen Regionen.

4 Als einkommensarme Haushalte werden in der hier zitierten Studie von Noll/Weick 2007 Haushalte definiert, die über weniger als 50% des mittleren „bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens“ (vgl. Infokasten 1) verfügen. Verwendet wird als mittlerer Wert nicht das arithmetische Mittel, sondern der Median. Er ist derjenige Einkommenswert, der in der Einkommensverteilung genau in der Mitte liegt: 50% der Haushalte verfügen über weniger, 50% über mehr als diesen mittleren Betrag. Im Vergleich zum arithmetischen Mittelwert ist der Median unempfindlich gegen Extremwerte am unteren oder oberen Ende der Einkommensverteilung.

**Infokasten 1: Die Einnahmen privater Haushalte****Haushaltsbruttoeinkommen**

Das Haushaltsbruttoeinkommen umfasst die Einnahmen aller Haushaltsmitglieder aus

- selbstständiger und unselbstständiger Erwerbstätigkeit (inklusive Einmalzahlungen),
- Vermögen (Zinsen, Dividenden, Ausschüttungen, Nettoeinnahmen aus Vermietung und Verpachtung, unterstellte Mietzahlungen bei Wohneigentum),
- öffentlichen Transferzahlungen (u. a. Renten, Pensionen, Arbeitslosengeld I und II, Kindergeld, Mutterschaftsgeld, Elterngeld, Krankengeld, Steuerrückerstattungen, Beihilfen für Beamtinnen und Beamte),
- nichtöffentlichen Transferzahlungen (u. a. Betriebsrenten, Leistungen aus privaten Versicherungen, Unterstützung durch private Haushalte) und
- Untervermietung.

Haushaltsnettoeinkommen

Das Haushaltsnettoeinkommen errechnet sich aus dem Haushaltsbruttoeinkommen,

- abzüglich Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und
- zuzüglich der Arbeitgeberzuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Krankenversicherung sowie der Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung.

Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen (auch „verfügbares Einkommen“)

Diese ergeben sich aus dem Haushaltsnettoeinkommen zuzüglich der Einnahmen aus dem Verkauf von Waren (z. B. Gebrauchtwagen) und sonstiger Einnahmen (z. B. Dosen- und Flaschenpfand, Energiekostenrückerstattungen).

Einnahmen aus Vermögensumwandlung und Krediten

Dazu gehören

- Einnahmen aus der Auflösung bzw. Verminderung von Sachvermögen (z. B. Verkauf von Grundstücken, Gebäuden und Eigentumswohnungen, von Gold und anderen Edelmetallen oder Privatentnahmen aus dem Verkauf von Betriebsvermögen),
- Einnahmen aus der Auflösung bzw. Verminderung von Geldvermögen (Abhebungen von Spargbüchern, von Termin- und Festgeldkonten, Auszahlungen von Guthaben bei Bausparkassen, Verkauf von Wertpapieren, Geschäfts- und Genossenschaftsanteilen, laufende Einnahmen aus privaten Lebens- und Rentenversicherungen, einmalige und unregelmäßige Einnahmen aus Lebens-, Ausbildungs-, Aussteuer- und Sterbegeldversicherungen sowie Einnahmen aus der Rückzahlung von an Dritte ausgeliehenen Geldern) und
- Einnahmen aus Kreditaufnahme (Aufnahme von Hypotheken, Grundschulden und sonstigen Baudarlehen zur Finanzierung von Haus- und Grundbesitz sowie Aufnahme von Raten- bzw. Konsumentenkrediten).

Gesamteinnahmen

Die Gesamteinnahmen ergeben sich als Summe aus

- Haushaltsbruttoeinkommen,
- Arbeitgeberzuschüssen zur Kranken- und Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Krankenversicherung,
- Zuschüssen der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung,
- Einnahmen aus dem Verkauf von Waren,
- sonstigen Einnahmen und
- Einnahmen aus Vermögensumwandlung und Krediten.

Sie entsprechen bei fehlerfreier Erfassung den Gesamtausgaben eines Haushalts (vgl. Infokasten 3).

Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (auch „Nettoäquivalenzeinkommen“)

Das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen ist ein Pro-Kopf-Einkommen, das es ermöglicht, die Einkommenssituationen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung miteinander zu vergleichen. Dabei wird das Haushaltsnettoeinkommen nicht einfach durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder geteilt, sondern jedes Mitglied geht mit einem bestimmten „Bedarfsgewicht“ in den Nenner ein. Nach der häufig verwendeten „neuen OECD-Skala“ wird z. B. das erste erwachsene Haushaltsmitglied mit dem Faktor 1,0 berücksichtigt, jedes weitere Mitglied ab 15 Jahren mit 0,5 und Kinder unter 15 Jahren jeweils mit 0,3. Auf diese Weise soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die allgemeinen Lebenshaltungskosten mit wachsender Anzahl der Haushaltsmitglieder nur unterproportional ansteigen.

Overspending kann als Indiz für eine angespannte finanzielle Lage betroffener Haushalte interpretiert werden, insbesondere, wenn weitere Indikatoren materiell schwieriger Lebensumstände hinzutreten, wie ein geringes „bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen“ (vgl. Infokasten 1) oder ein überproportional hoher Anteil derjenigen Ausgaben am Haushaltsbudget, die auf die Deckung der Grundbedürfnisse „Ernährung, Bekleidung und Wohnen“ entfallen. Auch wenn Overspending in diesem Kontext auf finanzielle Probleme hinweist, kann es Haushalten nach einem Einkommensrückgang ermöglichen, wichtige Bedarfe und Bedürfnisse zumindest vorübergehend weiterhin zu decken (vgl. Christoph et al. 2014, S. 434). Tendenziell ist daher das Ausmaß der materiellen Entbehrungen („Deprivation“) für jene einkommensarmen Haushalte höher, die nicht in der Lage sind, mehr als ihr verfügbares Einkommen auszugeben. Bei diesen Haushalten kann vermutet werden, dass sie sich bereits seit längerer Zeit in einer prekären finanziellen Lage befinden (vgl. Noll/Weick 2007, S. 4).

In zeitlicher Hinsicht zeigt sich, dass die Ausgaben privater Haushalte weniger volatil sind als die Einkommen. Viele Haushalte stabilisieren offenbar ihr Ausgabenniveau bei schwankendem Einkommen durch entsprechend angepasstes Sparen und Entsparen. Dieser Befund deckt sich mit der Hypothese des Ökonomen Milton Friedman, wonach Haushalte ihre Konsumentscheidungen überwiegend nicht an ihrem aktuellen, sondern an dem von ihnen erwarteten durchschnittlichen Haushaltseinkommen der nächsten Jahre („permanent income“) orientieren (vgl. Friedman 1956). Zu beobachten ist, dass Ausgleichsprozesse über Sparen und Entsparen sowohl längerfristig stattfinden – weil in bestimmten Lebensphasen eher gespart und in anderen eher entspart wird – als auch bei kurzfristigen Einkommensschwankungen⁵ (vgl. Christoph et al. 2014, S. 418 sowie die dort zitierte Literatur).

Ein weiterer Grund dafür, warum in Befragungen typischerweise Differenzen zwischen Einkommen und Ausgaben auftreten, dürfte darin liegen, dass Befragte bestimmte Einnahmen vermutlich oft nicht angeben. Dies betrifft insbesondere bedürftigkeitsgeprüfte Sozialleistungen, Einnahmen aus der Schattenwirtschaft oder anderen illegalen Aktivi-

täten: „Während es als beschämend oder unsicher betrachtet werden kann, derartige Einkommen einzuräumen, wird eine Angabe der entsprechenden Ausgaben eher als unverfänglich empfunden“ (vgl. Christoph et al. 2014, S. 419). In diese Richtung weisen auch Studienergebnisse aus den USA, die bezogen auf arme Haushalte auf eine stärkere Untererfassung der Einkommen im Vergleich zu den Ausgaben hindeuten (vgl. Meyer/Sullivan 2003; vgl. auch Noll/Weick 2007, S. 2). Andererseits finden sich in der EVS ebenso Hinweise auf eine lückenhafte Erfassung der Ausgaben. Das betrifft in besonderem Maße unregelmäßige Ausgaben, die Haushalte bei ihren Aufschreibungen häufig vergessen, und „Ausgaben für Güter und Dienstleistungen, die mit einer hohen Sensibilität einhergehen wie z. B. Ausgaben für alkoholische Getränke, Tabakwaren oder Prostitution“ (vgl. Statistisches Bundesamt 2013, S. 9). Ein Indiz für die Untererfassung von Ausgaben in der EVS ist, dass die Gesamteinnahmen der Haushalte häufig deren Gesamtausgaben übersteigen; wären Einnahmen und Ausgaben lückenlos erfasst, müssten sich beide Beträge exakt entsprechen.⁶

Auch im vorliegenden Beitrag wird auf die Diskrepanz zwischen Einkommen und Ausgaben eingegangen, und zwar im Abschnitt zu den Ausgaben bayerischer Haushalte. Zuvor richtet sich der Blick auf die Haushaltseinnahmen.

Die Einnahmen privater Haushalte Durchschnittlich hohe Einkommen bayerischer Haushalte im Bundesvergleich

Im Jahr 2013 bezogen bayerische Haushalte ein monatliches Bruttoeinkommen von durchschnittlich 4 666 Euro (vgl. Tabelle 1). Von diesem mussten sie im Mittel 12% oder 559 Euro als Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie weitere 13% oder 593 Euro als Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung abführen. Zieht man diese Beträge vom Bruttoeinkommen ab und rechnet die Zuschüsse der Arbeitgeber und Rentenversicherungsträger für die freiwillig oder privat Krankenversicherten von durchschnittlich 38 Euro hinzu, ergibt sich ein durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen von 3 552 Euro im Monat. Addiert man zu diesem Betrag wiederum die Einnahmen aus dem Verkauf von Waren (z. B. Gebrauchtwagen) sowie sonstige Einnahmen (wie Ener-

5 So können Haushalte nach einem Einkommensrückgang ihre Ausgaben in der Regel nicht sofort dem gesunkenen Einkommen anpassen, weil bestimmte Aufwendungen zunächst fix sind (wie z. B. Miete, Nebenkosten, Versicherungen). Umgekehrt behalten Haushalte nach einem Einkommensanstieg ihr bisheriges Ausgabeniveau oft noch eine Zeit lang bei. Das gilt insbesondere, wenn die zukünftige Einkommensentwicklung unsicher ist (z. B. im Falle befristeter Arbeitsverträge oder bei schwankendem Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit).

6 Die Diskrepanz zwischen den Gesamteinnahmen und -ausgaben wird in den veröffentlichten Ergebnistabellen des Statistischen Bundesamts jeweils als „Statistische Differenz“ ausgewiesen (vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 15 Heft 4).

Tab. 1 Monatliche Einnahmen privater Haushalte 2013 – Bayern im Vergleich zum Bundesgebiet

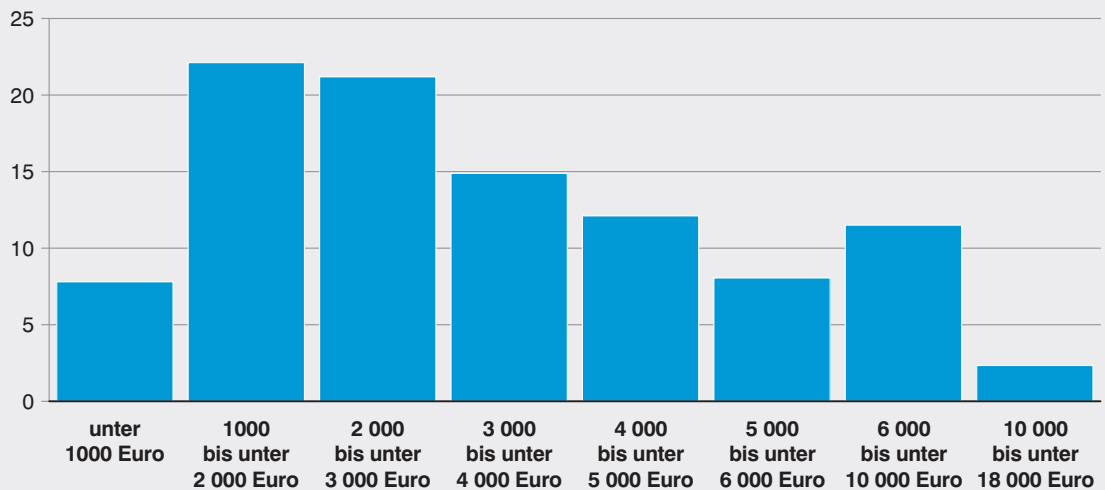
Gegenstand der Nachweisung	Bayern	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)	Deutschland
Anzahl der erfassten Haushalte	8 402	40 559	12 931	53 490
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	5 946	30 994	8 332	39 326
Durchschnitt je Haushalt und Monat in Euro				
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2 656	2 451	1 817	2 316
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	346	291	164	264
Einnahmen aus Vermögen	522	464	235	415
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	884	898	873	893
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung	256	218	126	198
Σ Haushaltsbruttoeinkommen	4 666	4 321	3 215	4 086
abzüglich:				
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	559	504	284	458
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	593	553	424	526
zuzüglich:				
Arbeitgeberzuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Krankenversicherung	33	30	12	26
Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung	5	4	1	3
= Haushaltsnettoeinkommen	3 552	3 297	2 521	3 132
zuzüglich:				
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren	27	26	14	24
Sonstige Einnahmen	21	24	23	24
= Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen (verfügbares Einkommen)	3 600	3 347	2 558	3 180
Anteil am Bruttoeinkommen in Prozent				
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	57	57	57	57
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	7	7	5	6
Einnahmen aus Vermögen	11	11	7	10
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	19	21	27	22
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung	5	5	4	5
Σ Haushaltsbruttoeinkommen	100	100	100	100
abzüglich:				
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	12	12	9	11
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	13	13	13	13
zuzüglich:				
Arbeitgeberzuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Krankenversicherung	1	1	0	1
Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung	0	0	0	0
= Haushaltsnettoeinkommen	76	76	78	77
zuzüglich:				
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren	1	1	0	1
Sonstige Einnahmen	0	1	1	1
= Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen (verfügbares Einkommen)	77	77	80	78

giekostenrückerstattungen), resultiert schließlich ein verfügbares, „ausgabefähiges“ Einkommen von durchschnittlich 3 600 Euro monatlich. Damit liegen die bayerischen Haushalte bei Brutto-, Netto- und verfügbarem Einkommen jeweils über dem Durchschnitt in den alten und sehr deutlich über demjenigen in den neuen Ländern (vgl. Tabelle 1).⁷ Trotz der erheblichen Unterschiede im absoluten Niveau unterscheidet sich Bayern aber nur wenig vom übrigen Bundesgebiet, was die Zusammensetzung des Haushaltsbruttoeinkommens betrifft: Die mit Abstand wichtigste Einnahmequelle bildet in allen Landesteilen die Erwerbsarbeit, aus der sich in Bayern durchschnittlich 64 % des Haushaltsbruttoeinkommens speisen (rund 3 000 Euro). An zweiter Stelle folgen öffentliche Transferzahlungen, zu denen auch Renten und Pensionen gehören, mit einem Anteil von bayernweit 19 % (884 Euro). Von geringerem Gewicht sind demgegenüber Einnahmen aus Vermögen (522 Euro oder 11 %) sowie Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung (zusammen 256 Euro oder 5 %). Mit dieser Struktur entspricht Bayern annähernd

mequelle bildet in allen Landesteilen die Erwerbsarbeit, aus der sich in Bayern durchschnittlich 64 % des Haushaltsbruttoeinkommens speisen (rund 3 000 Euro). An zweiter Stelle folgen öffentliche Transferzahlungen, zu denen auch Renten und Pensionen gehören, mit einem Anteil von bayernweit 19 % (884 Euro). Von geringerem Gewicht sind demgegenüber Einnahmen aus Vermögen (522 Euro oder 11 %) sowie Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung (zusammen 256 Euro oder 5 %). Mit dieser Struktur entspricht Bayern annähernd

⁷ Diese Rangfolge zeigt sich auch dann, wenn Unterschiede in den Lebenshaltungskosten zwischen den Bundesländern berücksichtigt werden. Vgl. dazu die realen durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommen nach Bundesländern im Jahr 2012 in: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration 2014, S. 45.

Abb. 1
Monatliches Nettoeinkommen bayerischer Haushalte 2013 nach Größenklassen
 in Prozent



dem Muster, das sich auch für Westdeutschland insgesamt zeigt. Hingegen spielen in den neuen Ländern öffentliche Transfers mit einem Anteil von 27% eine größere und Einnahmen aus Vermögen mit einem Anteil von nur 7% eine geringere Rolle. Auch Einkommen aus selbstständiger Arbeit sind etwas weniger bedeutsam als im Westen der Bundesrepublik.

Breite Streuung des Haushaltseinkommens

Hinter den dargestellten arithmetischen Mittelwerten verbirgt sich allerdings eine relativ breite Streuung des Haushaltseinkommens in Bayern. Abbildung 1 veranschaulicht dies anhand des Haushaltsnettoeinkommens. Dabei zeigt sich, dass fast 60% der bayerischen Haushalte das durchschnittliche Nettoeinkommen von 3 552 Euro nicht erreichen. Denn die am stärksten besetzten Einkommensklassen finden sich in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung im Bereich zwischen 1 000 und 3 000 Euro, wo gut 43% der Haushalte angesiedelt sind. Offenbar ziehen also hohe Werte im oberen Einkommensbereich den arithmetischen Mittelwert nach oben (vgl. dazu auch Eisenreich 2015, S. 44 für Baden-Württemberg).

Wesentliche Faktoren, die zu der breiten Streuung des Einkommens beitragen, sind Unterschiede in der Haushaltgröße und in der sozialen Stellung des jeweiligen Haupteinkommensbeziehers bzw. der Haupteinkommensbezieherin ("Haupteinkommensperson"), wie im Folgenden gezeigt wird.



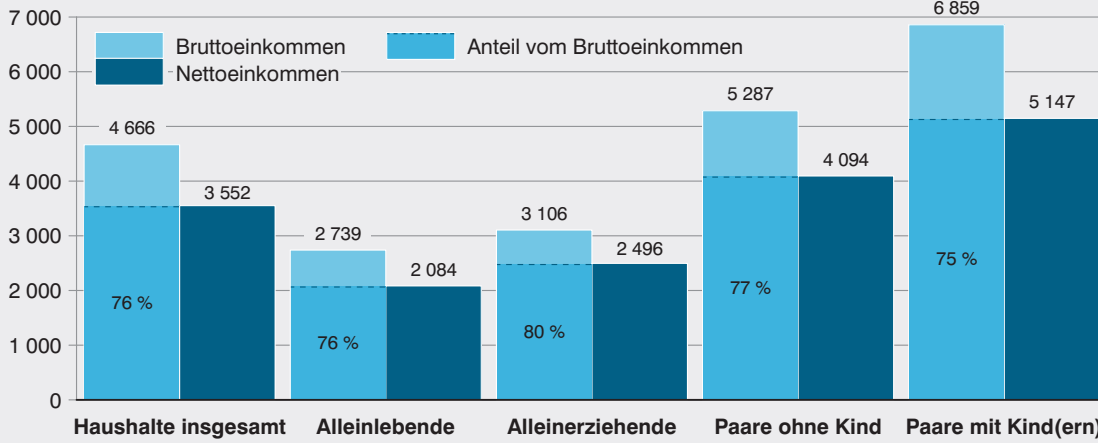
Infokasten 2: Haushaltstypen

Die EVS unterscheidet zwischen Alleinlebenden, Alleinerziehenden, Paaren mit und Paaren ohne Kind(ern) sowie sonstigen Haushalten. Der Begriff „Paare“ umfasst Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften, einschließlich gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. Als Kinder zählen alle ledigen Kinder unter 18 Jahren der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher oder deren (Ehe-)Partnerinnen und Partner. Haushalte, in denen weitere Personen, wie z.B. Schwiegereltern oder volljährige Kinder, leben, werden der Gruppe „sonstige Haushalte“ zugeordnet, die wegen ihrer großen Heterogenität in den vorliegenden Analysen unberücksichtigt bleibt.

Erhebliche Einkommensunterschiede nach Haushaltstyp und sozialer Stellung

Erwartungsgemäß steigt das Haushaltsnettoeinkommen mit der Größe des Haushalts (vgl. Abbildung 2): Alleinlebende Frauen und Männer in Bayern bezogen im Jahr 2013 mit durchschnittlich 2 084 Euro das niedrigste Haushaltsnettoeinkommen. Gut 400 Euro mehr standen im Schnitt den Haushalten Alleinerziehender zur Verfügung, die damit aber nicht nur ihren eigenen, sondern auch den Lebensunterhalt von durchschnittlich 1,4 Kindern finanzierten. Paare ohne Kind kamen im Schnitt auf ein gemeinsames Nettoeinkommen von 4 094 Euro und Paare mit Kind(ern) auf durchschnittlich 5 147 Euro. Den

Abb. 2
Monatliches Brutto- und Nettoeinkommen bayerischer Haushalte 2013 nach Haushaltstyp
 in Euro



letzten genannten Betrag teilten sich neben den beiden Eltern im Schnitt auch 1,8 Kinder (zur Definition des Haushaltstyps vgl. Infokasten 2).

Die Differenz zwischen Brutto- und Nettoeinkommen war im Jahr 2013 am geringsten für Alleinerziehende (-20%) und am höchsten für Eltern mit Kind(ern) (-25%; vgl. Abbildung 2). Dass Eltern mit Kind(ern) vergleichsweise hohe gesetzliche Abzüge hatten,

lag an der spezifischen Struktur ihres Einkommens: Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, das relativ stark mit Steuern und Sozialabgaben belastet ist, machte bei ihnen durchschnittlich 66% des gesamten Bruttoeinkommens aus und damit einen wesentlich höheren Anteil als bei den anderen Haushaltstypen (vgl. Abbildung 3). Im Kontrast dazu bezogen Paare ohne Kinder nur 48% ihres Bruttoeinkommens aus unselbstständiger Arbeit. Dafür flossen ih-

Abb. 3
Zusammensetzung des monatlichen Bruttoeinkommens bayerischer Haushalte 2013 nach Haushaltstyp
 in Prozent

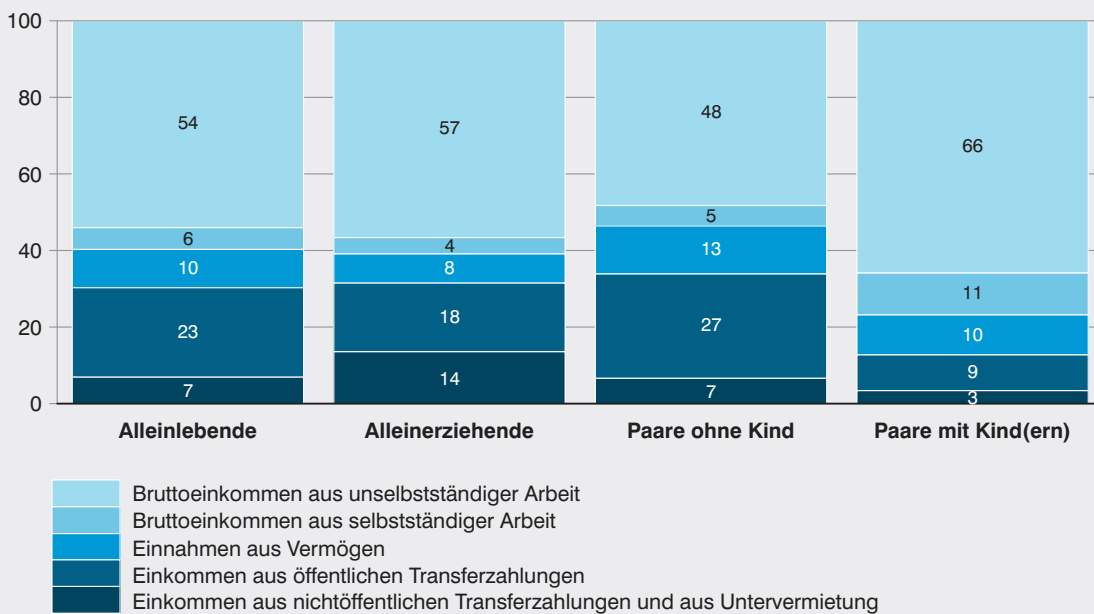
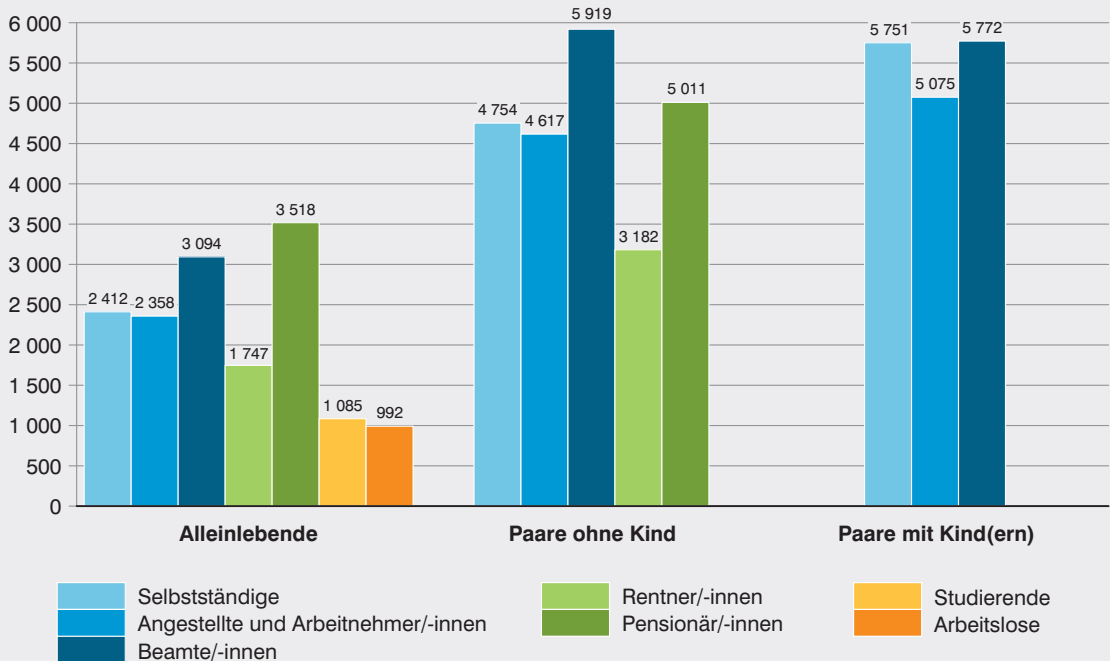


Abb. 4
Monatliches Nettoeinkommen bayerischer Haushalte 2013
 nach Haushaltstyp und sozialer Stellung der Haupteinkommensperson
 in Euro



8 Da in Bayern insgesamt nur 568 Pensionärshaushalte an der EVS 2013 teilgenommen haben, ergeben sich bei einer zusätzlichen Aufgliederung nach dem Haushaltstyp, wie sie hier vorgenommen wird, relativ geringe Fallzahlen für die alleinlebenden und die in Paarhaushalten lebenden Pensionärinnen und Pensionäre. Dasselbe gilt auch für die Haushalte von Arbeitslosen (insgesamt 244), Selbstständigen (insgesamt 446) und Studierenden (insgesamt 207 Haushalte). Die betreffenden Befunde sind daher mit einer höheren Unsicherheit behaftet, verglichen mit den Ergebnissen für die größeren Gruppen der Beamtinnen und Beamten, Angestellten und Arbeiter/-innen sowie Rentnerinnen und Rentner. Da das jeweils ausgewiesene Einkommensniveau dieser kleineren Gruppen in Bayern aber im Wesentlichen auch den Ergebnissen für Gesamtdeutschland entspricht, dürften mögliche Verzerrungen dennoch begrenzt sein.

nen aber mit 27 % deutlich mehr öffentliche Transferzahlungen zu als Paaren mit Kind(ern) (9%). Dieser Befund mag zunächst überraschen, da familienspezifische Sozialleistungen wie Mutterschafts-, Eltern- oder Kindergeld eher ein umgekehrtes Ergebnis hätten erwarten lassen. Der Befund wird aber plausibel, wenn die soziale Stellung des jeweiligen Haupteinkommensbeziehers bzw. der Haupteinkommensbezieherin mitbetrachtet wird (vgl. hierzu auch Tabelle 3). Dann zeigt sich, dass in knapp der Hälfte der kinderlosen Paarhaushalte die Haupteinkommensperson zum Befragungszeitpunkt bereits Rente oder Pension bezog – Leistungen, die in der EVS den öffentlichen Transferzahlungen zugeordnet sind. Ebenfalls in knapp der Hälfte dieser Haushalte ging die betreffende Person einer Erwerbstätigkeit nach. Im Gegensatz dazu lag bei Paaren mit Kind(ern) und bei Alleinerziehenden der Anteil der Erwerbstätigenhaushalte bei 98 % bzw. 83 %. Unter den Alleinlebenden war hingegen nur gut die Hälfte erwerbstätig; 35 % waren bereits in Rente oder Pension.

Die soziale Stellung der Haupteinkommensperson bestimmt jedoch nicht nur die Zusammensetzung

des Haushaltseinkommens, sondern vor allem auch dessen Höhe. Abbildung 4 verdeutlicht dies anhand des Nettoeinkommens bayerischer Haushalte. Aus Gründen der Vergleichbarkeit werden nur Haushalte desselben Haushaltstyps einander gegenübergestellt. Dabei zeigt sich, dass unter den Alleinlebenden die Pensionärinnen und Pensionäre mit durchschnittlich 3 518 Euro über das mit Abstand höchste Nettoeinkommen verfügten.⁸ Erst danach folgten die noch aktiven Beamtinnen und Beamten mit einem Nettoeinkommen von im Schnitt 3 094 Euro. Alleinlebenden Selbstständigen standen durchschnittlich 2 412 Euro monatlich zur Verfügung und Angestellten und Arbeiter/-innen 2 358 Euro. Mit den niedrigsten durchschnittlichen Nettoeinkommen mussten schließlich alleinlebende Rentnerinnen und Rentner (1 747 Euro), Studierende (1 085 Euro) und Arbeitslose (992 Euro) wirtschaften. Auch bei den Paarhaushalten ohne Kinder standen die Beamten- und Pensionärshaushalte an der Spitze der Einkommenshierarchie (mit 5 919 bzw. 5 011 Euro). Allerdings waren es hier die Beamtenhaushalte, deren Einkommen das der Pensionärshaushalte im Durchschnitt überstieg. Selbstständigenhaushalte verfügten mit durchschnittlich 4 754

Euro über die dritthöchsten Nettoeinkommen unter den kinderlosen Paaren. Es folgten die Haushalte von Angestellten und Arbeitern/-innen mit 4 617 Euro und

die von Rentnerinnen und Rentnern mit 3 182 Euro.⁹ Bei den Paaren mit Kind(ern) zeigt sich ebenfalls die Rangfolge „Beamtenhaushalte – Selbstständigen-

⁹ Das durchschnittliche Nettoeinkommen kann für Paarhaushalte (mit oder ohne Kinder), dessen Haupteinkommensperson arbeitslos oder Studierende(r) war, wegen zu geringer Fallzahlen nicht ausgewiesen werden. Gleiches gilt für die Haushalte von Ruheständlern in der Gruppe der Paare mit Kind(ern).



Infokasten 3: Die Ausgaben privater Haushalte

Die drei Verwendungsmöglichkeiten des verfügbaren Einkommens

Die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen fließen nach der Systematik der EVS in drei mögliche Verwendungen (vgl. Finke/Kott 2011, S. 137):

- Ausgaben für den privaten Konsum,
- Ausgaben für nicht-konsumtive Zwecke (auch „übrige Ausgaben“) und
- Ersparnisbildung.

Die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen entsprechen der Summe der drei oben genannten Verwendungen.

Private Konsumausgaben

Sie umfassen die Ausgaben für Ernährung, Bekleidung, Wohnen, Innenausstattung und Haushaltsgeräte, Gesundheit, Verkehr, Post und Telekommunikation, Freizeit, Bildung, Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen sowie andere Waren und Dienstleistungen. Neben den Ausgaben für Güter und Dienstleistungen sind auch unterstellte („fiktive“) Ausgaben berücksichtigt, z. B. unterstellte Mietzahlungen für selbstgenutztes Wohneigentum.

Übrige Ausgaben

Zu diesen gehören anderweitig nicht genannte „sonstige Steuern“ (z. B. Kfz-, Hunde-, Erbschaft- und Schenkungsteuer), freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung (auch VBL), Versicherungsbeiträge (z. B. Kfz-Versicherung, zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherung), sonstige geleistete Übertragungen und Ausgaben (z. B. Geldspenden, Geldgeschenke, Mitgliedsbeiträge, Unterhaltszahlungen), Zinsen für Kredite (einschließlich Überziehungszinsen) und die „statistische Differenz“ (siehe unten).

Ersparnisbildung

In den Tabellen wird jeweils die Nettoersparnis dargestellt. Diese kann auch negative Werte aufweisen.

Die **Bruttoersparnis** der privaten Haushalte ergibt sich aus

- den Ausgaben für die Bildung von Geld- und Sachvermögen,
- zuzüglich der Rückzahlung (Tilgung und Verzinsung) von Krediten.

Die **Nettoersparnis** der privaten Haushalte resultiert aus

- der Bruttoersparnis,
- abzüglich der Einnahmen aus der Auflösung von Geld- und Sachvermögen und aus Kreditaufnahmen sowie
- abzüglich der Zinszahlungen für Baudarlehen und Konsumentenkredite (einschließlich Überziehungszinsen).

Gesamtausgaben

Sie bilden das Pendant zu den Gesamteinnahmen (vgl. Infokasten 1), denen sie betragsmäßig exakt entsprechen, wenn alle Einnahmen und Ausgaben fehlerfrei erfasst sind.

Sie umfassen

- private Konsumausgaben,
- „andere Ausgaben“, das ist die Summe aus
 - anderweitig nicht genannten „sonstigen Steuern“,
 - freiwilligen Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung (auch VBL),
 - Versicherungsbeiträgen,
 - sonstigen Übertragungen und Ausgaben,
 - Tilgung und Verzinsung von Krediten (einschließlich Überziehungszinsen),
 - Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen und
 - Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen,
- Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie
- Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung.

Statistische Differenz

Sie weist die eventuell in den Haushaltsbüchern auftretende Differenz zwischen Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben aus.

haushalte – Haushalte von Angestellten und Arbeiter/-innen“. Allerdings fällt auf, dass hier die Einkommensunterschiede im Vergleich zu den beiden anderen Haushaltstypen moderater ausfielen. So lagen die durchschnittlichen Nettoeinkommen für die drei genannten Statusgruppen mit 5 772 Euro, 5 751 Euro und 5 075 Euro relativ dicht beieinander.

Die Ausgaben privater Haushalte

Die bedeutsamsten Ausgabenposten: Wohnen und (Geld-)Vermögensbildung

Das verfügbare Einkommen privater Haushalte kann drei Verwendungszwecken zufließen: dem privaten Konsum, nicht-konsumtiven Ausgaben (auch „übrige Ausgaben“ genannt) und der Ersparnisbildung (vgl. Infokasten 3). Im Jahr 2013 gaben bayerische Haushalte im Schnitt 75 % oder 2 691 Euro ihres verfügbaren Einkommens für den privaten Konsum aus, also für Ernährung, Wohnen, Bekleidung, Verkehr und andere Konsumbedürfnisse (vgl. Tabelle 2). Durchschnittlich 13 % oder 463 Euro verwendeten sie für nicht-konsumtive Ausgaben, darunter Versicherungsbeiträge, bestimmte Steuern, Zinszahlungen, Unterhaltszahlungen oder Geldgeschenke. Die übrigen 12 % oder 446 Euro verblieben unter dem Strich für die Ersparnisbildung, genauer: die Nettoersparnis, bei der Einnahmen aus der Auflösung von Geld- und Sachvermögen und aus Kreditaufnahmen sowie Zinszahlungen für Kredite bereits gegengerechnet sind.

Innerhalb der *privaten Konsumausgaben* bildeten die Ausgaben für den Bereich „Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung“ den mit Abstand größten Ausgabenposten. Hierfür wendeten bayerische Haushalte durchschnittlich ein Viertel ihres verfügbaren Einkommens oder 913 Euro monatlich auf. An zweiter Stelle stehen die Ausgaben für den Verkehr, die mit durchschnittlich 11 % oder 383 Euro zu Buche schlugen. Fast ebenso viel Geld gaben die Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren aus (10 % oder 350 Euro). Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur zweigten die bayerischen Haushalte 8 % ihres Einkommens oder 290 Euro monatlich ab. Alle anderen Ausgaben machten vergleichsweise geringe Anteile aus: Je 4 % des Einkommens wurden für die Bereiche „Bekleidung und Schuhe“, „Innenausstattung, Haushaltsgeräte und

-gegenstände“, „Gesundheitspflege“ sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ aufgewendet. Noch kleinere Anteile entfielen auf „Post und Telekommunikation“ (2 %) und „Bildungsausgaben“ (1 %).

Die wichtigsten Posten unter den *Ausgaben für Nichtkonsumzwecke* bildeten Versicherungsbeiträge und sonstige Übertragungen und Ausgaben (z. B. Vereinsbeiträge, Spenden oder Unterhaltszahlungen), für die jeweils 4 % des verfügbaren Einkommens verwendet wurden.

Die Höhe der *Nettoersparnis* bestimmte sich im Jahr 2013 ganz wesentlich durch Zu- und Abflüsse beim Geldvermögen: 34 % des verfügbaren Einkommens oder 1 220 Euro monatlich flossen in Bayern demnach im Schnitt in die Bildung von Geldvermögen. Dem standen Einnahmen aus der Auflösung von Geldvermögen in Höhe von durchschnittlich 1 018 Euro gegenüber. Diese Einnahmen sowie die Einnahmen aus der Auflösung von Sachvermögen und aus Kreditaufnahme gelten generell nicht als Bestandteil des verfügbaren Einkommens, sondern treten zu diesem hinzu. Bei einem Teil der Haushalte finanzieren sie die Lücke zwischen dem verfügbaren Einkommen und den Ausgaben – das „Overspending“. Im Durchschnitt aller bayerischen Haushalte lag die Nettoersparnis im Jahr 2013 mit 446 Euro jedoch im positiven Bereich.

Relativ hohe Spar- und niedrige Konsumquote bayerischer Haushalte im Bundesvergleich

Im Vergleich mit dem übrigen Bundesgebiet zeigt sich, dass das relativ hohe Einkommensniveau bayerischer Haushalte auch mit deutlichen Unterschieden in der Einkommensverwendung einhergeht. So zählt zu den „ehernen“ ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, dass mit steigendem Einkommen die Konsumquote ab-, die Sparquote zunimmt und ein immer geringerer Anteil des Einkommens für die Deckung der Grundbedürfnisse „Ernährung, Bekleidung und Wohnen“ aufgewendet wird. Die Gegenüberstellung der Ausgabenstrukturen der Haushalte in Bayern und in den neuen Ländern bestätigt dies. So lag die Konsumquote in Ostdeutschland mit 80 % um 5 Prozentpunkte höher, die Sparquote dagegen mit knapp 8 % rund 5 Prozentpunkte niedriger

als in Bayern (vgl. Tabelle 2). Für die Deckung der Grundbedürfnisse wendeten bayerische Haushalte im Schnitt 39% auf, ostdeutsche Haushalte hingegen 42%. Absolut betrachtet, lagen die Ausgaben der Haushalte in Bayern für den grundlegenden Bedarf dennoch höher, und zwar bei 1 397 Euro gegenüber 1 082 Euro in Ostdeutschland. Der Anteil der „übrigen Ausgaben“ unterschreitet in den neuen Ländern mit 12% nur wenig den Anteil von 13% in Bayern. Die deutlich höhere Konsumquote der Haushalte in den neuen Ländern ging somit vor allem zu Lasten ihrer Sparquote. Die knapperen finanziellen Ressourcen ostdeutscher Haushalte spiegeln sich auch in den einzelnen Komponenten

der Nettoersparnis wider. So lagen insbesondere die Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen und die Einnahmen aus der Auflösung von Geldvermögen bei den Haushalten in Ostdeutschland absolut und anteilmäßig wesentlich niedriger als in Bayern, während umgekehrt die Einnahmen aus Konsumenkrediten für die Haushalte in den neuen Ländern gemessen an ihrem verfügbaren Einkommen eine größere Bedeutung hatten.

Höhere Lebenshaltungskosten Alleinlebender

Auch für die Ausgabenseite gilt, dass sich hinter den Gesamtmittelwerten für Bayern erhebliche Variationen zwischen einzelnen sozialen Gruppen verber-

Tab. 2 Einkommensverwendung privater Haushalte 2013 – Bayern im Vergleich zum Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Bayern	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)	Deutschland
Anzahl der erfassten Haushalte	8 402	40 559	12 931	53 490
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	5 946	30 994	8 332	39 326
Durchschnitt je Haushalt und Monat in Euro				
1 Private Konsumausgaben	2 691	2 556	2 048	2 448
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	350	347	301	337
Bekleidung und Schuhe	134	125	97	119
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	913	888	684	845
Σ Grundbedürfnisse (Ernährung, Bekleidung, Wohnen)	1 397	1 360	1 082	1 301
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	142	128	107	124
Gesundheitspflege	128	112	67	102
Verkehr	383	359	278	342
Post und Telekommunikation	68	67	62	66
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	290	267	242	261
Bildungswesen	24	23	17	22
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	148	136	107	130
Andere Waren und Dienstleistungen	112	104	86	100
2 Übrige Ausgaben	463	441	307	413
Sonstige Steuern a. n. g.	15	14	11	13
dar. Kraftfahrzeugsteuer	14	12	10	12
Freiw. Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung (auch VBL)	13	13	11	12
Versicherungsbeiträge	156	137	100	129
dar. für zusätzliche private Kranken- oder Pflegeversicherung	25	22	8	19
für Kfz-Versicherung	44	38	31	36
Sonstige Übertragungen und Ausgaben	155	142	95	132
dar. Geldspenden	11	11	5	10
Zinsen für Kredite ¹	98	100	54	90
dav. Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	89	90	44	80
Zinsen für Konsumentenkredite ¹	9	10	10	10
Statistische Differenz	26	36	37	36
3 Nettoersparnis	446	350	203	319
Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen	333	247	120	221
+ Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen	1 220	985	617	907
+ Rückzahlung (Tilgung und Verzinsung ¹ von Krediten)	299	280	180	259
- Einnahmen aus der Auflösung von Sachvermögen	(61)	60	22	52
- Einnahmen aus der Auflösung von Geldvermögen	1 018	800	515	740
- Einnahmen aus Kreditaufnahme	229	204	124	187
dav. Aufnahme von Hypotheken, Grundschulden	(188)	162	(83)	145
Aufnahme von Konsumentenkrediten	41	42	40	42
- Zinsen für Kredite ¹	98	100	54	90
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen (Summe aus 1-3)	3 600	3 347	2 558	3 180

¹ Einschließlich Überziehungszinsen.

() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert aufgrund der Haushaltszahl (25 bis unter 100 Haushalte) statistisch relativ unsicher ist.

Noch: Tab. 2 Einkommensverwendung privater Haushalte 2013 – Bayern im Vergleich zum Bundesgebiet				
Gegenstand der Nachweisung	Bayern	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)	Deutschland
Anteil an den ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen in Prozent				
1 Private Konsumausgaben - Konsumquote	75	76	80	77
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	10	10	12	11
Bekleidung und Schuhe	4	4	4	4
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	25	27	27	27
Σ Grundbedürfnisse (Ernährung, Bekleidung, Wohnen)	39	41	42	41
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	4	4	4	4
Gesundheitspflege	4	3	3	3
Verkehr	11	11	11	11
Post und Telekommunikation	2	2	2	2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	8	8	9	8
Bildungswesen	1	1	1	1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	4	4	4	4
Andere Waren und Dienstleistungen	3	3	3	3
2 Übrige Ausgaben	13	13	12	13
Sonstige Steuern a. n. g.	0	0	0	0
dar. Kraftfahrzeugsteuer	0	0	0	0
Freiw. Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung (auch VBL)	0	0	0	0
Versicherungsbeiträge	4	4	4	4
dar. für zusätzliche private Kranken- oder Pflegeversicherung	1	1	0	1
für Kfz-Versicherung	1	1	1	1
Sonstige Übertragungen und Ausgaben	4	4	4	4
dar. Geldspenden	0	0	0	0
Zinsen für Kredite ¹	3	3	2	3
dav. Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	2	3	2	3
Zinsen für Konsumentenkredite ¹	0	0	0	0
Statistische Differenz	1	1	1	1
3 Nettoersparnis - Sparquote	12	10	8	10
Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen	9	7	5	7
+ Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen	34	29	24	29
+ Rückzahlung (Tilgung und Verzinsung ¹ von Krediten)	8	8	7	8
- Einnahmen aus der Auflösung von Sachvermögen	2	2	1	2
- Einnahmen aus der Auflösung von Geldvermögen	28	24	20	23
- Einnahmen aus Kreditaufnahme	6	6	5	6
dav. Aufnahme von Hypotheken, Grundschulden	5	5	3	5
Aufnahme von Konsumentenkrediten	1	1	2	1
- Zinsen für Kredite ¹	3	3	2	3
Ausgabenfähige Einkommen und Einnahmen (Summe aus 1-3)	100	100	100	100

¹ Einschließlich Überziehungszinsen.

gen. Betrachtet man als soziales Unterscheidungskriterium zunächst den Haushaltstyp, so zeigt sich, dass Haushalte sehr unterschiedlich stark mit den Kosten für die Deckung des Grundbedarfs belastet sind, je nachdem, ob ihre Mitglieder alleine leben oder die Kostenvorteile von Mehrpersonenhaushalten nutzen können. Denn viele Ausgaben für den Lebensunterhalt steigen mit zunehmender Haushaltgröße nur unterproportional an. Diese Kostendegression macht sich besonders bei den Wohn- und Energiekosten bemerkbar, betrifft aber z.B. ebenso die Ausstattung mit bestimmten Haushaltsgeräten wie Waschmaschine oder Herd oder die Ausgaben für Ernährung. Die Kostenersparnisse von Mehrpersonenhaushalten spiegeln sich auch in den Daten der EVS wider: Während Alleinlebende in

Bayern im Jahr 2013 durchschnittlich 932 Euro pro Monat für Ernährung, Bekleidung und Wohnen aufwendeten, bezifferten sich die (ungewichteten) Pro-Kopf-Ausgaben dafür bei kinderlosen Paarhaushalten auf 776 Euro und bei Paaren mit Kind(ern) auf 492 Euro (vgl. Tabelle 3). In dem zuletzt genannten Betrag schlägt sich dabei neben dem Effekt der Kostendegression auch der typischerweise geringere Bedarf von Kindern im Vergleich zu Erwachsenen nieder. Gemessen am verfügbaren Einkommen machten die Posten „Ernährung“, „Bekleidung“ und „Wohnen“ für Alleinlebende 44%, für Paare ohne Kinder 37% und für Paare mit Kind(ern) 36% aus. Deutliche Unterschiede zwischen diesen drei Haushaltstypen zeigen sich auch hinsichtlich der generellen Aufteilung des Einkommens zwischen pri-

vatem Konsum und Ersparnisbildung. So betrug die Konsumquote für Alleinlebende 81 %, für kinderlose Paarhaushalte 75 % und für Paare mit Kind(ern) 71 %. Als Kehrseite ergeben sich für diese drei Gruppen Sparquoten von 7 %, 10 % und 17 %. Ein näherer Blick auf die Ersparnisbildung zeigt, dass Paare mit Kind(ern) vergleichsweise hohe Anteile ihres Einkommens in die Bildung von Sachvermögen und die Rückzahlung von Krediten investieren. Vermutlich handelt es sich dabei in erster Linie um Investitionen in „die eigenen vier Wände“.

Höchste Konsumquote, aber geringster Pro-Kopf-Verbrauch – die spezifische Lage Alleinerziehender

Die Ausgabenstruktur der Haushalte Alleinerziehender lassen deren relativ enge finanzielle Spielräume deutlich erkennen: Obwohl bayerische Haushalte dieses Typs im Jahr 2013 durchschnittlich nur 524 Euro pro Kopf (ungewichtet) für die Deckung des Grundbedarfs aufwendeten, machten diese Ausgaben im Schnitt 50 % ihres verfügbaren Einkommens aus und damit deutlich mehr als bei den anderen Haushaltstypen. Zum Vergleich: Bei Paarhaushalten

Tab. 3 Einkommensverwendung bayerischer Haushalte 2013 nach Haushaltstyp

Gegenstand der Nachweisung	Alleinlebende	Alleinerziehende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind(ern)
Anzahl der erfassten Haushalte	2 885	256	2 767	1 361
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	2 386	179	1 637	902
dar. Haushalte von Erwerbstätigen	54 %	83 %	48 %	98 %
Haushalte von Pensionären/-innen und Rentnern/-innen	35 %	/	48 %	/
Personen je Haushalt im Durchschnitt	1,0	2,4	2,0	3,8
Durchschnitt je Haushalt und Monat in Euro				
1 Private Konsumausgaben	1 704	2 197	3 100	3 738
Pro-Kopf-Ausgaben für den privaten Konsum (ungewichtet)	1 704	915	1 550	984
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	202	318	400	506
Bekleidung und Schuhe	73	130	140	220
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	657	809	1 012	1 145
Σ Grundbedürfnisse (Ernährung, Bekleidung, Wohnen)	932	1 257	1 552	1 871
Pro-Kopf-Ausgaben für Grundbedürfnisse (ungewichtet)	932	524	776	492
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	76	97	173	213
Gesundheitspflege	75	73	205	127
Verkehr	214	242	423	610
Post und Telekommunikation	51	67	67	89
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	175	228	359	416
Bildungswesen	10	38	9	67
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	95	82	188	189
Andere Waren und Dienstleistungen	77	113	123	157
2 Übrige Ausgaben	252	196	625	581
Sonstige Steuern a. n. g.	9	(8)	18	19
dar. Kraftfahrzeugsteuer	7	(7)	17	18
Freiw. Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung (auch VBL)	8	(10)	11	21
Versicherungsbeiträge	85	95	174	235
dar. für zusätzliche private Kranken- oder Pflegeversicherung	14	(15)	39	24
für Kfz-Versicherung	24	(30)	46	58
Sonstige Übertragungen und Ausgaben	124	61	223	117
dar. Geldspenden	9	(3)	16	11
Zinsen für Kredite ¹	41	57	94	230
dav. Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	34	(48)	86	217
Zinsen für Konsumentenkredite ¹	7	(9)	8	13
Statistische Differenz	- 15	- 35	106	- 41
3 Nettoersparnis	158	144	422	913
Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen	156	/	352	870
+ Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen	753	503	1 634	1 585
+ Rückzahlung (Tilgung und Verzinsung ¹ von Krediten)	139	179	294	642
- Einnahmen aus der Auflösung von Sachvermögen	(93)	/	(51)	/
- Einnahmen aus der Auflösung von Geldvermögen	644	(352)	1 470	1 328
- Einnahmen aus Kreditaufnahme	(110)	/	(244)	(603)
dav. Aufnahme von Hypotheken, Grundschulden	/	-	(210)	/
Aufnahme von Konsumentenkrediten	(19)	/	(34)	(50)
- Zinsen für Kredite ¹	41	57	94	230
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen				
(Summe aus 1-3)	2 114	2 536	4 147	5 232

¹ Einschließlich Überziehungszinsen.

() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert aufgrund der Haushaltszahl (25 bis unter 100 Haushalte) statistisch relativ unsicher ist.

/ = Keine Angabe, da aufgrund der geringen Haushaltszahl (weniger als 25 Haushalte) der Zahlenwert nicht sicher genug ist.

- = Nichts vorhanden.

Noch: Tab. 3 Einkommensverwendung bayerischer Haushalte 2013 nach Haushaltstyp				
Gegenstand der Nachweisung	Alleinlebende	Alleinerziehende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind(ern)
Anteil an den ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen in Prozent				
1 Private Konsumausgaben - Konsumquote	81	87	75	71
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	10	13	10	10
Bekleidung und Schuhe	3	5	3	4
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	31	32	24	22
Σ Grundbedürfnisse (Ernährung, Bekleidung, Wohnen)	44	50	37	36
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	4	4	4	4
Gesundheitspflege	4	3	5	2
Verkehr	10	10	10	12
Post und Telekommunikation	2	3	2	2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	8	9	9	8
Bildungswesen	0	1	0	1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	4	3	5	4
Andere Waren und Dienstleistungen	4	4	3	3
2 Übrige Ausgaben	12	8	15	11
Sonstige Steuern a. n. g.	0	0	0	0
dar. Kraftfahrzeugsteuer	0	0	0	0
Freiw. Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung (auch VBL)	0	0	0	0
Versicherungsbeiträge	4	4	4	4
dar. für zusätzliche private Kranken- oder Pflegeversicherung	1	1	1	0
für Kfz-Versicherung	1	1	1	1
Sonstige Übertragungen und Ausgaben	6	2	5	2
dar. Geldspenden	0	0	0	0
Zinsen für Kredite ¹	2	2	2	4
dav. Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	2	2	2	4
Zinsen für Konsumentenkredite ¹	0	0	0	0
Statistische Differenz	-1	-1	3	-1
3 Nettoersparnis - Sparquote	7	6	10	17
Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen	7	/	8	17
+ Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen	36	20	39	30
+ Rückzahlung (Tilgung und Verzinsung ¹ von Krediten)	7	7	7	12
- Einnahmen aus der Auflösung von Sachvermögen	4	/	1	/
- Einnahmen aus der Auflösung von Geldvermögen	30	14	35	25
- Einnahmen aus Kreditaufnahme	5	/	6	12
dav. Aufnahme von Hypotheken, Grundschulden	/	-	5	/
Aufnahme von Konsumentenkrediten	1	/	1	1
- Zinsen für Kredite ¹	2	2	2	4
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen				
(Summe aus 1-3)	100	100	100	100

1 Einschließlich Überziehungszinsen.

/ = Keine Angabe, da aufgrund der geringen Haushaltszahl (weniger als 25 Haushalte) der Zahlenwert nicht sicher genug ist.

- = Nichts vorhanden.

mit Kind(ern) flossen nur 36% in die Sicherung des Grundbedarfs. Dasselbe gilt für die privaten Konsumausgaben insgesamt: Mit nur 915 Euro war der Pro-Kopf-Verbrauch bei den Alleinerziehenden unter allen Haushaltstypen am niedrigsten; gleichzeitig lag ihre Konsumquote aber mit 87% an der Spitze. Dank geringer nicht-konsumtiver Ausgaben erreichten Alleinerziehendenhaushalte dennoch eine Sparquote von 6%. Mit monatlich durchschnittlich 144 Euro sparten sie damit kaum weniger als Alleinlebende (158 Euro). Letztere allerdings befanden sich zu gut einem Drittel bereits in der Ruhestandsphase, in der laut der volkswirtschaftlichen Lebenszyklushypothese typischerweise nicht mehr gespart, sondern entspart wird.

Erhebliche Unterschiede in der Einkommensverwendung Alleinlebender nach der sozialen Stellung

Wie bereits gezeigt wurde, variiert die Höhe des Haushaltseinkommens stark mit der sozialen Stellung der Haupteinkommensperson. Dies lässt Differenzen auch in der Struktur der Einkommensverwendung erwarten. Um diese Unterschiede zu untersuchen, muss die Haushaltsgröße konstant gehalten werden. Daher beschränkt sich die folgende Darstellung auf die Gruppe der Alleinlebenden, weil für sie die Fallzahlen ausreichend hoch und die Ergebnisse auch ohne Umrechnung auf Pro-Kopf-Beträge leicht zu interpretieren sind. In Bezug auf die Konsum- und Sparquote zeigt sich, dass diese offenbar wesentlich von zwei Faktoren beeinflusst wur-

Tab. 4 Einkommensverwendung Alleinlebender in Bayern 2013 nach sozialer Stellung

Gegenstand der Nachweisung	Selbstständige	Angestellte und Arbeiter/-innen	Beamte/-innen	Rentner/-innen	Pensionär/-innen	Studierende	Arbeitslose
Anzahl der erfassten Haushalte	108	1 276	264	771	133	148	143
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	132	1 071	76	747	88	89	140
Durchschnitt je Haushalt und Monat in Euro							
1 Private Konsumausgaben	1 926	1 821	2 306	1 558	2 694	1 058	988
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	200	209	213	201	240	138	175
Bekleidung und Schuhe	(54)	93	121	50	78	71	34
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	779	650	701	680	923	410	465
Σ Grundbedürfnisse (Ernährung, Bekleidung, Wohnen)	979	952	1 035	931	1 241	619	674
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	(81)	90	85	64	130	23	31
Gesundheitspflege	(74)	46	208	79	418	17	33
Verkehr	(291)	278	400	130	261	103	70
Post und Telekommunikation	62	59	57	42	51	46	40
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	173	196	245	158	298	98	64
Bildungswesen	/	14	(7)	(2)	/	(29)	/
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	110	111	170	71	136	81	35
Andere Waren und Dienstleistungen	89	75	99	82	156	42	29
2 Übrige Ausgaben	177	277	317	233	850	7	41
3 Nettoersparnis	326	303	520	- 25	- 8	43	(- 21)
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen							
(Summe aus 1-3)	2 428	2 400	3 143	1 765	3 536	1 108	1 009
Anteil an den ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen in Prozent							
1 Private Konsumausgaben - Konsumquote	79	76	73	88	76	95	98
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	8	9	7	11	7	12	17
Bekleidung und Schuhe	2	4	4	3	2	6	3
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	32	27	22	39	26	37	46
Σ Grundbedürfnisse (Ernährung, Bekleidung, Wohnen)	40	40	33	53	35	56	67
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	3	4	3	4	4	2	3
Gesundheitspflege	3	2	7	4	12	2	3
Verkehr	12	12	13	7	7	9	7
Post und Telekommunikation	3	2	2	2	1	4	4
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	7	8	8	9	8	9	6
Bildungswesen	/	1	0	0	/	3	/
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	5	5	5	4	4	7	3
Andere Waren und Dienstleistungen	4	3	3	5	4	4	3
2 Übrige Ausgaben	7	12	10	13	24	1	4
3 Nettoersparnis - Sparquote	13	13	17	- 1	0	4	- 2
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen							
(Summe aus 1-3)	100	100	100	100	100	100	100

() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert aufgrund der Haushaltszahl (25 bis unter 100 Haushalte) statistisch relativ unsicher ist.

/ = Keine Angabe, da aufgrund der geringen Haushaltszahl (weniger als 25 Haushalte) der Zahlenwert nicht sicher genug ist.

den: der Höhe des verfügbaren Einkommens und dem Umstand, ob sich eine Person zum Befragungszeitpunkt gerade in der Erwerbs- oder Nacherwerbsphase befand (vgl. Tabelle 4). Was das verfügbare Einkommen betrifft, bildeten unter den Nicht-Ruheständlern Arbeitslose und Studierende mit im Schnitt rund 1 000 Euro bzw. 1 100 Euro den einen Pol und Beamtinnen und Beamte mit durchschnittlich rund 3 100 Euro den anderen Pol der Skala. Während daher bei Ersteren beinahe die gesamten ausgabefähigen Einnahmen in den privaten Konsum flossen und zumindest Arbeitslose im Durchschnitt auch entsparten, gaben Beamtinnen und Beamte weniger als Dreiviertel ihrer verfügbaren Mittel für ihren privaten Verbrauch aus (im Schnitt rund 2 300 Eu-

ro). 520 Euro oder 17% ihres Einkommens legten sie netto im Monat zurück. Im Unterscheid zu den Personen im Erwerbsalter zeigt sich bei den Ruheständlern, dass sie unabhängig von ihrer Einkommenshöhe keine Ersparnisbildung mehr betrieben. Stattdessen flossen bei den Rentenbeziehenden 88% (rund 1 600 Euro) und bei den Pensionsbeziehenden 76% (rund 2 700 Euro) in den privaten Konsum. Pensionärinnen und Pensionäre gaben zudem 24% des Einkommens für nicht-konsumtive Zwecke aus – ein vergleichsweise hoher Anteil. In diese Kategorie fallen u. a. Versicherungsbeiträge (z. B. für eine zusätzliche private Kranken- oder Pflegeversicherung), Mitgliedsbeiträge, Geldgeschenke und Geldspenden. Zu den auffälligen Ergebnissen ge-

hört auch, dass Selbstständige nur 13% ihres Einkommens für die Bildung von Rücklagen verwendeten und damit gerade einmal so viel wie Angestellte und Arbeiter/-innen. Im Unterschied zu Letzteren fehlt den meisten Selbstständigen jedoch die Absicherung gegen wesentliche Lebensrisiken durch die gesetzliche Sozialversicherung.

Hohe negative Ersparnis im unteren Einkommensbereich

Beim Vergleich unterschiedlicher Nettoeinkommensklassen bestätigt sich für Alleinlebende in Bayern der fundamentale Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe, Konsum- und Sparquote (vgl. Tabelle 5). So sank die Konsumquote bei den Alleinleben-

den von 114% in der untersten Einkommensklasse (unter 900 Euro) auf 49% in der höchsten (5 000 Euro bis 18 000 Euro). Im Einkommensbereich bis 1 300 Euro netto gaben Haushalte dabei jeweils mehr Geld für ihren privaten Konsum aus als sie an Einkommen zur Verfügung hatten („Overspending“). In der nächsthöheren Klasse (1 300 Euro bis 1 500 Euro) floss annähernd das gesamte Einkommen in den privaten Verbrauch. Erst in den darüber liegenden Einkommensgruppen wurde dann ein wachsender Anteil des Einkommens auch für andere Ausgaben zwecke frei. Analog verhielt es sich mit den Ausgaben für die Deckung der Grundbedürfnisse: Während die immerhin 334 000 Alleinlebenden in Bayern, die laut EVS weniger als 900 Euro monat-

Tab. 5 Einkommensverwendung Alleinlebender in Bayern 2013 nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen

Gegenstand der Nachweisung	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... Euro							
	unter 900	900	1 300	1 500	2 000	2 600	3 600	5 000
		bis unter						
		1 300	1 500	2 000	2 600	3 600	5 000	18 000
Anzahl der erfassten Haushalte	320	361	176	498	598	541	263	128
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	334	383	185	463	445	341	154	82
Durchschnitt je Haushalt und Monat in Euro								
1 Private Konsumausgaben	850	1 154	1 377	1 605	1 898	2 265	2 884	3 459
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	169	177	194	206	212	223	228	250
Bekleidung und Schuhe	30	43	58	70	95	94	120	132
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	404	496	555	632	724	844	967	1 102
∑ Grundbedürfnisse (Ernährung, Bekleidung, Wohnen)	603	716	807	908	1 031	1 161	1 315	1 484
Innenausstattung, Haushaltsgeräte u. -gegenstände	25	33	58	58	116	105	129	183
Gesundheitspflege	18	47	43	49	65	112	184	347
Verkehr	47	113	137	191	230	312	604	431
Post und Telekommunikation	36	40	52	52	59	58	59	75
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	58	104	132	180	196	256	303	377
Bildungswesen	(4)	(8)	/	(6)	(10)	(18)	(14)	/
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	32	51	67	89	105	141	177	255
Andere Waren und Dienstleistungen	29	42	70	72	87	102	99	285
2 Übrige Ausgaben	26	34	115	185	263	408	829	1 105
3 Nettoersparnis	- 132	- 77	- 72	- 24	137	392	527	2 440
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen								
(Summe aus 1-3)	744	1 111	1 420	1 766	2 298	3 064	4 241	7 004
Anteil an den ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen in Prozent								
1 Private Konsumausgaben - Konsumquote	114	104	97	91	83	74	68	49
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	23	16	14	12	9	7	5	4
Bekleidung und Schuhe	4	4	4	4	4	3	3	2
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	54	45	39	36	32	28	23	16
∑ Grundbedürfnisse (Ernährung, Bekleidung, Wohnen)	81	64	57	51	45	38	31	21
Innenausstattung, Haushaltsgeräte u. -gegenstände	3	3	4	3	5	3	3	3
Gesundheitspflege	2	4	3	3	3	4	4	5
Verkehr	6	10	10	11	10	10	14	6
Post und Telekommunikation	5	4	4	3	3	2	1	1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	8	9	9	10	9	8	7	5
Bildungswesen	1	1	/	0	0	1	0	/
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	4	5	5	5	5	5	4	4
Andere Waren und Dienstleistungen	4	4	5	4	4	3	2	4
2 Übrige Ausgaben	3	3	8	10	11	13	20	16
3 Nettoersparnis - Sparquote	- 18	- 7	- 5	- 1	6	13	12	35
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen								
(Summe aus 1-3)	100	100	100	100	100	100	100	100

() = Ausgabewert eingeschränkt, da der Zahlenwert aufgrund der Haushaltszahl (25 bis unter 100 Haushalte) statistisch relativ unsicher ist.

/ = Keine Angabe, da aufgrund der geringen Haushaltszahl (weniger als 25 Haushalte) der Zahlenwert nicht sicher genug ist.

lich zur Verfügung hatten, 81 % ihrer Mittel für Ernährung, Bekleidung und Wohnen ausgaben, waren es bei den 82 000 Haushalten im Bereich der höchsten Einkommen (5 000 Euro bis unter 18 000 Euro) nur noch 21 %. Spiegelbildlich dazu stieg die Sparquote von -18 % in der untersten auf +35 % in der obersten Einkommensklasse. Während Alleinlebende in der untersten Klasse bei einem verfügbaren Einkommen von durchschnittlich 744 Euro im Schnitt 132 Euro monatlich entsparten, legten Angehörige der obersten Klasse bei einem verfügbaren Einkommen von durchschnittlich 7 004 Euro im Schnitt 2 440 Euro im Monat als Nettoersparnis zurück.

Fazit: Erhebliche Heterogenität in Niveau und Struktur der Einnahmen und Ausgaben bayerischer Haushalte

Die Daten der EVS haben vor Augen geführt, wie sehr sich die materiellen Lebensverhältnisse zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen (auch) in Bayern voneinander unterscheiden. Trotz des insgesamt hohen Wohlstandsniveaus gibt es eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Haushalten, die bei ihren Ausgaben mit spitzem Stift rechnen müssen und zum Teil Schwierigkeiten haben, ihren Lebensunterhalt mit den verfügbaren Mitteln zu bestreiten. Nicht zuletzt aus diesem Grund bleibt eine genaue Sozialberichterstattung auch auf Basis der EVS wichtig. Die nächste Erhebung findet im Jahr 2018 statt.

Literatur

- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (2014), *Leben in Bayern. Bayern und Deutschland im sozialen Vergleich*. München.
- Böhnke, Petra/Delhey, Jan (1999), *Lebensstandard und Armut im vereinten Deutschland*. WZB Discussion Paper FS III 99–408. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Christoph, Bernhard/Pauser, Johannes/Wiemers, Jürgen (2014): *Konsummuster und Konsumarmut von SGB-II-Leistungsempfängern. Eine Untersuchung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe*. In: *Schmollers Jahrbuch 4/2014*, S. 415–450.
- Eisenreich, Dirk (2015), *Einkommen und Konsumausgaben privater Haushalte in Baden-Württemberg. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013*. In: *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 12/2015*, S. 43–47.
- Finke, Claudia/Kott, Kristina (2011), *6.1 Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung privater Haushalte, private Überschuldung*. In: *Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.): Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Band I. Bundeszentrale für politische Bildung*, S. 131–150.
- Friedman, Milton (1956), *A Theory of the Consumption Function*. Princeton, New York: Princeton University Press.
- Meyer, Bruce D./Sullivan, James X. (2003), *Measuring the Well-Being of the Poor using Income and Consumption*. NBER Working Paper No. 9760. Cambridge: National Bureau of Economic Research.
- Noll, Heinz-Herbert/Weick, Stefan (2005), *Markante Unterschiede in den Verbrauchsstrukturen verschiedener Einkommenspositionen trotz Konvergenz: Analysen zu Ungleichheit und Strukturwandel des Konsums*. In: *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 34*, S. 1–5.
- Noll, Heinz-Herbert/Weick, Stefan (2007), *Einkommensarmut und Konsumarmut – unterschiedliche Perspektiven und Diagnosen*. In: *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 37*, S. 1–6.
- Schnell, Rainer (1997), *Nonresponse in Bevölkerungsumfragen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Statistisches Bundesamt (2013), *Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Aufgabe, Methode und Durchführung 2008*. Fachserie 15 Heft 7. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2015a), *Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2013*. Fachserie 15 Heft 4. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2015b), *Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Aufwendungen privater Haushalte für den privaten Konsum 2013*. Fachserie 15 Heft 5. Wiesbaden.